

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 09. Juli 2010

Kabinett verabschiedet Bundeshaushalt 2011

In dieser Woche hat das Kabinett den Bundeshaushalt für 2011 verabschiedet.

Auf den Bundeshaushalt 2011 findet erstmals die neue verfassungsrechtliche Schuldenregel in Art. 115 Grundgesetz Anwendung, die klare Vorgaben für eine Rückführung der strukturellen Kreditaufnahme des Bundes macht.

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2011 und der Finanzplan bis zum Jahr 2014 stellen einen Wendepunkt in der Haushalts- und Finanzpolitik dar. Den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren, ist nach der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte ein Gebot der deutschen wie der europäischen Politik. Der Ausstieg aus den in der Krise ergriffenen umfangreichen konjunkturstützenden Maßnahmen ist alternativlos und muss nun vollzogen werden. Es geht jetzt darum, solide und generationengerechte Staatsfinanzen zu erreichen.

Wir haben uns entschlossen, schwerpunktmäßig auf der Ausgabenseite zu konsolidieren. Denn Sparen bedeutet für mich nicht eine Verbesserung der Einnahmeseite. Im Jahr 2011 wird von den insgesamt 11,2 Mrd. Euro des zur Einhaltung der zulässigen Nettokreditaufnahme notwendigen Einsparvolumens mehr als die Hälfte—nämlich 5,9 Mrd. Euro—durch die Reduzierung auf der Ausgabenseite erbracht. Gleiches gilt auch für die Folgejahre.

Auch an dem Etat des Bundesfamilienministeriums, für den ich im Haushaltsausschuss zuständig bin, gehen die Sparbemühungen nicht spurlos vorbei. Mit den vereinbarten behutsamen Anpassungen beim Elterngeld wollen wir dessen zukünftige Finanzierung sichern.

Vorbereitung der parlamentarischen Beratungen des Haushalts 2011

Anfang September wird der Haushalt 2011 offiziell in den Deutschen Bundestag eingebracht und dort von uns beraten. Zur Vorbereitung dieser Beratungen führe ich jetzt schon Gespräche um auszuloten, welche Gestaltungsspielräume sich uns bieten.

Bei diesen Haushaltsberatungen werden vor allem die Auswirkungen der Verkürzung des Wehrdienstes und damit einhergehend des Zivildienstes im Vordergrund stehen. Die Finanzierung des Zivildienstes erfolgt aus dem von mir betreuten Etat des Bundesfamilienministeriums.

Jetzt gilt es, die durch die Verkürzung des Zivildienstes entstehende Lücke, gerade im Pflegebereich, zu füllen. Das kann und muss zum einen durch die Möglichkeit der freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes und zum anderen durch den Ausbau der Freiwilligendienste geschehen.

Ich habe mich in dieser Woche deshalb mit dem Sprecher des Bundesarbeitskreises „Freiwilliges Soziales Jahr“ getroffen. Mit ihm habe ich darüber gesprochen, inwieweit die Träger des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ), in der Lage sind, diese Lücke zu füllen und vor allem, welche finanziellen Mittel dafür nötig sind.



Im Gespräch mit Martin Schulze,
Sprecher des Arbeitskreises FSJ

Durchbruch bei der Gesundheitsreform

Die Koalitionsspitzen haben sich auf eine Reform des Gesundheitswesens verständigt. Wir wollen ein gerechtes soziales, stabiles, wettbewerbliches und transparentes Gesundheitssystem. Um unser Gesundheitssystem beneidet uns die Welt. Mir ist es wichtig, das auch für zukünftige Generationen zu erhalten. Allerdings steht unser System vor den Herausforderungen, die aus dem demografischen Wandel und dem medizinischen Fortschritt folgen.

Wir werden deshalb strukturelle Reformen im System durchführen, die zu mehr Wettbewerb, mehr

Freiheit für den Einzelnen und weniger Bürokratie führen. Dazu gehören u. a. eine Honorarreform für den ambulanten Bereich, eine Ausweitung der Kostenerstattung, eine Reform der Selbstverwaltungsorgane, die Entwicklung einer Präventionsstrategie sowie der Ausbau der Gesundheits- und Versorgungsforschung.

Es wird zu Einsparungen kommen und der Beitragssatz der Krankenkassen wird wieder auf die Höhe angehoben, wie er vor der Finanz- und Wirtschaftskrise war. Um diese Krise besser meistern zu können,

war seinerzeit der Beitragssatz durch das Konjunkturpaket II abgesenkt worden, was nun wieder rückgängig gemacht werden kann. Darüber hinaus gibt es eine grundlegende Reform, in dem die unabdingbaren notwendigen Ausgabensteigerungen im Gesundheitssystem durch einen Zusatzbeitrag finanziert werden. Dabei gibt es einen Finanzausgleich aus Steuermitteln, der eine Überforderung des Einzelnen vermeidet. Steuererhöhungen sind dazu nicht notwendig.

Wirtschaftspolitik der Union führt Deutschland aus der Krise

Die Nachfrage nach Arbeitskräften hält an und erreicht nahezu das Niveau von Juni 2008, kurz vor Beginn der Wirtschaftskrise. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) liegt mit 158 im Juni nur 4 Punkte niedriger als vor zwei Jahren. Im Vergleich zu Juni 2009 liegt

die Zahl der Erwerbstätigen nun bei 40,2 Millionen (+0,1%). Die Zahl der Arbeitslosen ist seit Mai um 88.000 auf 3,15 Millionen gesunken (saisonbereinigt -21.000), gegenüber dem Vorjahr sind 257.000 Menschen weniger arbeitslos. Die Arbeitslosenquote ist mit derzeit

7,5% erheblich geringer, als angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwartet wurde. Deshalb empfehle ich auch unserer Parteispitze deutlich diese positiven Ergebnisse in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken.

Frühkindliche Bildung gewinnt an Stellenwert

In Deutschland nutzen immer mehr Kinder im Alter von ein und zwei Jahren die Angebote von Kitas und Tagespflege. Durchschnittlich jeder fünfte Einjährige besuchte im vergangenen Jahr eine frühkindliche Bildungseinrichtung oder wurde in

Tagespflege betreut, von den Zweijährigen waren es fast 40 Prozent. Deutliche Unterschiede bestehen dabei zwischen West und Ost. Während der Durchschnitt in den westlichen Bundesländern 12,4 Prozent bei den Einjährigen und 29,7 Pro-

zent bei den Zweijährigen betrug, nutzten in den ostdeutschen Bundesländern 56,7 Prozent der Ein- und 77,8 Prozent der Zweijährigen die Angebote von Kitas oder Tagespflege.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range